

Dr. iur. Simon Jenni

**Rechte und Massnahmen
zur Bekämpfung des
grenzüberschreitenden Verkehrs
mit Markenfälschungen**



Stämpfli Verlag

Markenfälschungen sind ein gravierendes volkswirtschaftliches Problem, dessen Bekämpfung eine grosse Herausforderung darstellt. Die Fälschungsindustrie operiert global und ist äusserst gut organisiert. Produktionsstätten aufzuspüren und zu schliessen, gelingt deshalb nur selten. Stattdessen wird die Verbreitung von Markenfälschungen hauptsächlich dadurch einzudämmen versucht, dass entsprechende Produkte an den jeweiligen Landesgrenzen abgefangen und aus dem Verkehr gezogen werden. Die Schweiz hat zu diesem Zweck vor einigen Jahren die Verbotungsrechte der Markeninhaber an der Grenze erweitert und die Instrumente für deren Durchsetzung gestärkt, so insbesondere auch die Hilfeleistung der Zollverwaltung. Die vorliegende Arbeit setzt sich unter Berücksichtigung der seither gemachten praktischen Erfahrungen kritisch mit diesen revidierten Rechten und möglichen Massnahmen zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Markenfälschungen auseinander und soll nicht zuletzt Praktikerinnen und Praktikern als Leitfaden dienen.

Simon Jenni

Dr. iur.

Rechte und Massnahmen zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Markenfälschungen



Stämpfli Verlag

Inauguraldissertation zur Erlangung der Würde eines Doctor iuris der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern.

Die Fakultät der Universität Bern hat diese Arbeit am 20. November 2014 auf Antrag der beiden Gutachter, Professor Dr. Roland von Büren (Erstgutachter) und Professor Dr. Cyrill Rigamonti (Zweitgutachter), als Dissertation angenommen.

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2015

Dieses Werk ist in unserem Buchshop unter www.staempfliverlag.com erhältlich.

ISBN E-Book 978-3-7272-5887-9

ISBN Print 978-3-7272-3167-4

ISBN Judocu 978-3-0354-1205-5



Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Juli 2014 abgeschlossen und im November 2014 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern als Dissertation angenommen. Im Hinblick auf die Publikation wurden sowohl die Literatur als auch die statistischen Grundlagen nachgeführt und auf den Stand per 31. Dezember 2014 gebracht.

Mein Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Prof. Dr. Roland von Büren, für die lehrreiche erste Phase meiner Assistenzzeit am Institut für Wirtschaftsrecht der Universität Bern und die grosse Freiheit, die ich bei der Ausarbeitung meiner Dissertation geniessen durfte, sowie Prof. Dr. Cyrill Rigamonti für die Unterstützung während der zweiten Phase meiner Assistenzzeit und die Erstellung des Zweitgutachtens.

Ebenfalls herzlich danken möchte ich sodann meiner Kollegin Dr. Anna-Antonina Gottret für die zahlreichen wertvollen Gespräche und Anregungen sowie für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts, Dr. Ueli Buri vom Institut für geistiges Eigentum für seine Unterstützung bei der Themenwahl sowie Jörg Haudenschild und Christelle Girardin von der Eidgenössischen Zollverwaltung für den Einblick in die Praxis der Zollbehörden.

Ein weiterer grosser Dank gebührt ferner den Rechtsanwälten Walter Streit und Dr. Andreas Jost, die mir den Einstieg in die Advokatur und die Fertigstellung der Arbeit während meiner Zeit als Mitarbeiter in ihrer Kanzlei ermöglicht haben.

Ganz besonders danke ich schliesslich meinen Eltern, welche mich stets bestens unterstützt und sowohl meine juristische Ausbildung als auch das Verfassen der vorliegenden Arbeit möglich gemacht haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Bern, 31. Dezember 2014

Simon Jenni

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Materialienverzeichnis	XXXIII
Einleitung	1
1. Kapitel: Markenschutz und Markenfälschungen	3
§ 1 Markenschutz.....	3
§ 2 Markenfälschungen.....	12
2. Kapitel: Verbotungsrecht an der Grenze	31
§ 3 Tatbestände	31
§ 4 Privater Gebrauch	45
3. Kapitel: Hilfeleistung der Zollverwaltung.....	59
§ 5 Hintergrund und Anwendungsbereich	59
§ 6 Hilfeleistung auf Antrag.....	69
§ 7 Hilfeleistung ohne Antrag.....	115
§ 8 Haftung für unbegründete Interventionen.....	121
4. Kapitel: Erwirkung eines gerichtlichen Entscheids.....	135
§ 9 Zivilprozess.....	135
§ 10 Strafverfahren	172
Zusammenfassung	193

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Materialienverzeichnis	XXXIII
Einleitung	1
1. Kapitel: Markenschutz und Markenfälschungen	3
§ 1 Markenschutz	3
I. Begriff und Funktionen der Marke	3
1. Begriff	3
2. Funktionen.....	4
II. Schutzwirkung und -umfang	5
1. Grundsatz.....	5
2. Verwechslungsgefahr als Schlüsselement	6
a. Erscheinungsformen.....	6
b. Beurteilungskriterien.....	7
3. Verbotungsrechte.....	9
III. Territorialität des Markenschutzes.....	10
§ 2 Markenfälschungen	12
I. Begriff.....	12
II. Entwicklung und Ausmass des Problems	14
III. Ursachen und begünstigende Faktoren	16
1. Lukrativität	16
2. Technologischer Fortschritt.....	17
3. Globalisierung der Wirtschaft	18
4. Konsumverhalten.....	18
5. Territorialität des Markenschutzes	19
IV. Wirtschaftliche Folgen.....	20
1. Schädigung der Markeninhaber und Lizenznehmer	20
2. Schädigung der Konsumentinnen und Konsumenten.....	22

3.	Schädigung der Volkswirtschaft.....	23
V.	Internationalität	24
1.	Herstellung	24
2.	Konsum	26
3.	Vertrieb.....	27
VI.	Ansätze zur Eindämmung des Problems in der Schweiz	27
1.	Gesetzgebung	28
2.	Plattform Stop Piracy	29
3.	Massnahmen der Markeninhaber.....	30
2. Kapitel: Verbotungsrecht an der Grenze		31
§ 3 Tatbestände		31
I.	Einfuhr	31
1.	Entstehungsgeschichte.....	31
2.	Gegenstand und Umfang	32
3.	Sonderfall: Parallelimporte.....	33
II.	Ausfuhr	35
1.	Entstehungsgeschichte.....	35
2.	Gegenstand und Umfang	36
3.	Sonderfall: Exportmarken	36
III.	Durchfuhr.....	37
1.	Entstehungsgeschichte.....	37
2.	Gegenstand und Umfang	38
3.	Rechtslage in der Europäischen Union.....	40
4.	Würdigung.....	43
§ 4 Privater Gebrauch		45
I.	Grundsatz: Markenrecht als gewerbliches Schutzrecht	45
II.	Sonderregelung beim Verbotungsrecht an der Grenze.....	46
1.	Bisherige Rechtslage	46
2.	Erweiterung auf den privaten Gebrauch.....	47
3.	Einschränkungen und Relativierungen	48
III.	Rechtslage in der Europäischen Union	52
IV.	Würdigung	53
1.	Reaktionen der Lehre	53
2.	Eigene Würdigung.....	55

XII

3. Kapitel: Hilfeleistung der Zollverwaltung.....	59
§ 5 Hintergrund und Anwendungsbereich	59
I. Vorgaben und Einflüsse	59
1. Internationale Übereinkommen	59
a. Pariser Verbandsübereinkunft.....	59
b. TRIPS-Abkommen	60
c. Handelsabkommen gegen Fälschung und Piraterie	60
2. Instrumentarium der Europäischen Union.....	61
II. Entwicklungsgeschichte.....	61
III. Anwendungsbereich.....	63
1. Erfasste Waren	63
2. Hilfeleistungstatbestände.....	65
3. Parallelimporte?.....	67
§ 6 Hilfeleistung auf Antrag	69
I. Antrag an die Zollverwaltung	69
1. Antragsberechtigte Personen	69
a. Markeninhaber	69
b. Klageberechtigter Lizenznehmer	70
c. Weitere Nutzungsberechtigte?	71
2. Vertretungszwang und -möglichkeit	71
3. Materielle Voraussetzung für die Antragstellung.....	73
4. Form des Antrags	74
5. Inhalt des Antrags.....	74
a. Angaben zum Antragsteller	74
b. Konkrete Anhaltspunkte für bevorstehende Schutzrechtsverletzungen.....	75
c. Beschreibung der Originalmarkenartikel und der gefälschten Waren.....	75
d. Speziell zu beantragende Massnahmen.....	76
e. Haftungserklärung.....	77
6. Verfahren.....	77
a. Einreichung des Antrags	78
b. Einseitigkeit des Verfahrens	78
c. Entscheid der Oberzolldirektion	78
d. Orientierung der Zollstellen	80
e. Gültigkeitsdauer des Antrags	80
II. Interventionen der Zollverwaltung.....	80
1. Interventionsveranlassung und -pflicht	80
2. Orientierung der betroffenen Parteien über die Intervention.....	81

a.	Orientierung des Antragstellers.....	81
b.	Orientierung des Anmelders, Besitzers oder Eigentümers der Waren.....	82
c.	Praxis bei im persönlichen Gepäck von Reisenden entdeckten Waren.....	84
3.	Zurückbehalten der verdächtigen Waren.....	85
a.	Zurückhaltungsdauer.....	85
b.	Lagerung der Waren.....	86
c.	Weiteres Schicksal der Waren.....	86
d.	Fristberechnung.....	88
III.	Prüfung der Waren durch den Antragsteller	90
1.	Zweck und Optionen	90
2.	Proben, Muster und Fotografien.....	91
a.	Antragserfordernis	91
b.	Widerspruchsmöglichkeit der an den Waren berechtigten Personen	91
c.	Entscheid der Zollverwaltung	93
d.	Modalitäten der Übergabe oder Zusendung	95
3.	Besichtigung.....	96
a.	Antragserfordernis	96
b.	Teilnahmerecht der an den Waren berechtigten Personen.....	96
c.	Modalitäten der Besichtigung	97
IV.	Vereinfachtes Vernichtungsverfahren.....	98
1.	Hintergrund und Zweck des vereinfachten Vernichtungsverfahrens.....	98
2.	Antragserfordernis.....	99
3.	Orientierung der an den Waren berechtigten Personen	100
4.	Zustimmung der an den Waren berechtigten Personen	100
a.	Ausdrückliche Zustimmung.....	101
b.	Fingierte Zustimmung.....	102
c.	Ungewissheit für den Antragsteller.....	104
5.	Beweissicherung.....	105
6.	Haftung des Antragstellers bei unbegründeter Vernichtung.....	106
a.	Ausschliessliche Haftung des Antragstellers	107
b.	Anspruchsgrundlage und -berechtigung	107
c.	Haftungsausschluss bei schriftlicher Zustimmung.....	109
7.	Kostentragung	110
a.	Kosten der Vernichtung	110
b.	Kosten der Beweissicherung	111

V.	Gebühren.....	111
1.	Gebührenpflichtige Personen	111
2.	Bemessung und Erhebung	112
3.	Überwälzbarkeit der Gebühren?.....	113
§ 7	Hilfeleistung ohne Antrag	115
I.	Ermächtigung der Zollverwaltung zur Hilfeleistung	115
II.	Anzeige verdächtiger Waren.....	116
1.	Adressat der Anzeige.....	116
2.	Form und Inhalt der Anzeige.....	117
III.	Zurückbehalten der Waren.....	118
1.	Zweck	118
2.	Dauer	119
IV.	Gebühren.....	120
§ 8	Haftung für unbegründete Interventionen	121
I.	Haftungserklärung und Sicherheitsleistung	121
1.	Haftungserklärung	121
a.	Instrument für den Normalfall	121
b.	Form und Inhalt.....	122
c.	Praktischer Nutzen?	122
2.	Sicherheitsleistung.....	123
a.	Instrument für begründete Ausnahmefälle.....	123
b.	Höhe.....	123
c.	Form.....	124
d.	Freigabe.....	125
II.	Haftung des Antragstellers.....	126
1.	Gegenstand der Haftung	126
2.	Ausgestaltung als Kausalhaftung.....	127
3.	Anspruchsberechtigte Personen.....	127
4.	Haftungsvoraussetzungen.....	128
a.	Schaden	128
b.	Unbegründetheit der Intervention	128
c.	Kausalität	130
5.	Bemessung des Schadenersatzes	130
6.	Verjährung.....	131
III.	Staatshaftung für Interventionen ohne Antrag?	132
1.	Anspruchsgrundlage	132
2.	Haftungsvoraussetzungen.....	132

a. Schaden.....	132
b. Schadensverursachung in Ausübung einer amtlichen Tätigkeit.....	133
c. Widerrechtlichkeit.....	133
d. Kausalität.....	134
3. Fazit.....	134

4. Kapitel: Erwirkung eines gerichtlichen Entscheids..... 135

§ 9 Zivilprozess.....135

I. Einstweiliger Rechtsschutz.....	135
1. Wesen und Zweck.....	136
2. Gegenstand.....	136
a. Gerichtliche Beschlagnahme der verdächtigen Sendung.....	136
b. Flankierende Massnahmen.....	137
3. Parteien.....	137
a. Aktivlegitimierte.....	137
b. Passivlegitimierte.....	138
c. Dritte.....	138
4. Materielle Voraussetzungen.....	138
a. Verfügungsanspruch.....	139
b. Verfügungsgrund.....	139
5. Verfahren.....	140
a. Einleitung durch Gesuch.....	140
b. Örtliche und sachliche Zuständigkeit.....	140
c. Anhörung der Gegenpartei.....	141
d. Superprovisorium.....	142
e. Beweisrecht.....	143
f. Entscheid.....	144
g. Rechtsmittel.....	145
6. Prosequierungsobliegenheit und Bestand der Massnahmen.....	145
a. Prosequierungsobliegenheit.....	145
b. Weitergeltung der Massnahmen während des Hauptprozesses.....	146
c. Änderung und Aufhebung.....	147
7. Haftung des Gesuchstellers.....	147
a. Sicherheitsleistung.....	148
b. Rechtsnatur der Haftung.....	149
c. Anspruchsberechtigte Personen.....	149
d. Haftungsvoraussetzungen.....	150
e. Herabsetzung der Ersatzpflicht.....	151

f.	Verjährung	152
g.	Geltendmachung des Schadenersatzanspruchs	152
II.	Ordentlicher Hauptprozess.....	153
1.	Wesen und Zweck	153
2.	Gegenstand	153
a.	Einziehung der beschlagnahmten Waren	153
b.	Entscheid über das weitere Schicksal der Waren.....	154
c.	Auskunfts- und Schadenersatzansprüche	156
3.	Parteien.....	157
a.	Aktivlegitimierte	157
b.	Passivlegitimierte	157
c.	Dritte	158
4.	Verfahren.....	159
a.	Einleitung durch Klage	159
b.	Örtliche und sachliche Zuständigkeit.....	159
c.	Schriftenwechsel und mündliche Verhandlungen.....	160
d.	Beweisrecht.....	161
e.	Entscheid.....	162
f.	Rechtsmittel	162
III.	Rechtsschutz in klaren Fällen	163
1.	Wesen und Zweck	163
2.	Gegenstand	163
3.	Parteien.....	164
4.	Voraussetzungen	164
a.	Unbestrittener oder sofort beweisbarer Sachverhalt	164
b.	Klare Rechtslage	164
5.	Verfahren.....	165
a.	Einleitung durch Gesuch.....	165
b.	Örtliche und sachliche Zuständigkeit.....	166
c.	Anhörung der Gegenpartei.....	166
d.	Beweisrecht.....	167
e.	Entscheid.....	168
f.	Rechtsmittel	169
6.	Verhältnis zum einstweiligen Rechtsschutz	169
a.	Keine vollwertige Alternative zum einstweiligen Rechtsschutz	169
b.	Instrument zur Prosequierung der vorsorglichen Massnahmen	170

§ 10 Strafverfahren	172
I. Strafrechtlicher Schutz der Marke	172
1. Verhältnis zum zivilrechtlichen Schutz	172
2. Straftatbestände	173
a. Markenrechtsverletzung	173
b. Betrügerischer Markengebrauch	174
3. Gewerbsmässige Begehung als qualifizierte Form	175
4. Strafflosigkeit des privaten Gebrauchs	175
5. Räumlicher Geltungsbereich	176
II. Grundzüge des Verfahrens	176
1. Einleitung durch Strafantrag	176
a. Strafantragsberechtigte Personen	176
b. Form und Inhalt des Strafantrags	177
c. Stellung der Strafantrag stellenden Person im Verfahren	178
2. Vorverfahren	178
a. Sachverhaltsabklärung durch Staatsanwaltschaft und Polizei	178
b. Erlass eines Strafbefehls	179
c. Anklageerhebung	180
3. Erstinstanzliches Hauptverfahren	181
a. Ordentliches Verfahren	181
b. Abgekürztes Verfahren	182
4. Rechtsmittel	183
III. Beschlagnahme und Einziehung verletzender Waren	184
1. Beschlagnahme	184
a. Materielle Voraussetzungen	184
b. Verfahrensrechtliche Aspekte	185
c. Aufbewahrung der beschlagnahmten Gegenstände	185
2. Einziehung	186
a. Materielle Voraussetzungen	186
b. Verfahrensrechtliche Aspekte	188
c. Schicksal der eingezogenen Gegenstände	190
IV. Vor- und Nachteile des strafprozessualen Vorgehens	191
Zusammenfassung	193

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ACTA	Anti-Counterfeiting Trade Agreement (Handelsabkommen gegen Fälschung und Piraterie)
AIPPI	Association Internationale pour la Protection de la Propriété Intellectuelle (Internationale Vereinigung für den Schutz des geistigen Eigentums)
AIPPI Q 147	Bericht Q 147 der Schweizer Gruppe, Wirksamkeit von Zollmassnahmen nach TRIPS, 14. April 2000 (downloadbar unter https://www.aippi.org/download/committees/147/GR147switzerland_de.pdf ; zuletzt besucht am 31. Dezember 2014)
a.M.	anderer Meinung
APH	Appellationshof
aPPVO	Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte des geistigen Eigentums zu verletzen, und die Massnahmen gegenüber Waren, die erkanntermassen derartige Rechte verletzen (aufgehoben und ersetzt durch die Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates; PPVO)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
Aufl.	Auflage
BBl	Bundesblatt
Bd.	Band
BGE	Bundesgerichtsentscheid
BGer	Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz) vom 17. Juni 2005, SR 173.110

BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, SR 101
BVGer	Bundesverwaltungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
DesG	Bundesgesetz über den Schutz von Design (Designgesetz) vom 5. Oktober 2001, SR 232.12
E.	Erwägung(en)
EMKG	Bundesgesetz über die Kontrolle des Verkehrs mit Edelmetallen und Edelmetallwaren (Edelmetallkontrollgesetz) vom 20. Juni 1933, SR 941.31
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EZV MB	Merkblatt zur Hilfeleistung der Eidgenössischen Zollverwaltung im Bereich des immateriellen Güterrechts (downloadbar unter http://www.ezv.admin.ch/zoll-info_firmen/04202/04284/04299/index.html ; zuletzt besucht am 31. Dezember 2014)
f. / ff.	und folgende (Seite/Seiten bzw. Note/Noten)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
gl.M.	gleicher Meinung
GMVO	Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
HGer	Handelsgericht
Hrsg.	Herausgeber
IGE	Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

XX

IGE BA	Fälschung und Piraterie – Eine Bestandsaufnahme in der Schweiz, Eine Umfrage bei Schweizer Unternehmen des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum, Bern 2004
insb.	insbesondere
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987, SR 291
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) vom 30. Oktober 2007, SR 0.275.12
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen vom 25.10.1994 (Deutschland)
MarkenRL	Richtlinie 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken
m.E.	meines Erachtens
MHA	Madriдер Abkommen über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben (Madriдер Herkunftsabkommen), revidiert in Lissabon am 31.10.1958, SR 0.232.111.13
MMA	Madriдер Abkommen über die internationale Registrierung von Marken, revidiert in Stockholm am 14. Juli 1967, SR 0.232.112.3
MMP	Protokoll zum Madriдер Abkommen über die internationale Registrierung von Marken, abgeschlossen am 27. Juni 1989, SR 0.232.112.4
MSchG	Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (Markenschutzgesetz) vom 28. August 1992, SR 232.11
MSchV	Markenschutzverordnung vom 23. Dezember 1992, SR 232.111
N.	Note(n)
Nr.	Nummer
OECD 2008	The Economic Impact of Counterfeiting and Piracy (downloadbar unter http://www.oecd.org/sti/counterfeiting ; zuletzt besucht am 31. Dezember 2014)

OECD 2009	Magnitude of Counterfeiting and Piracy of tangible Products: An Update (downloadbar unter http://www.oecd.org/sti/counterfeiting ; zuletzt besucht am 31. Dezember 2014)
PatG	Bundesgesetz über die Erfindungspatente (Patentgesetz) vom 25. Juni 1954, SR 232.14
PPVO	Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates (Produktpiraterieverordnung)
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des geistigen Eigentums, revidiert in Stockholm am 14. Juli 1967, SR 0.232.04
recht	recht, Zeitschrift für juristische Ausbildung und Praxis
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache(n)
Rz.	Randziffer(n)
S.	Seite(n)
sic!	Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes
SMI	Schweizerische Mitteilungen über Immaterialgüterrecht (heute: sic!)
sog.	sogenannte(r)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937, SR 311.0
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007, SR 312.0
ToG	Bundesgesetz über den Schutz von Topographien von Halbleitererzeugnissen (Topographiengesetz) vom 9. Oktober 1992, SR 231.2

TRIPS	Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights (Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum) vom 15. April 1994, SR 0.230.6
Vorbem.	Vorbemerkung(en)
VG	Bundesgesetz über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördenmitglieder und Beamten (Verantwortlichkeitsgesetz) vom 14. März 1958, SR 170.32
VwVG	Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968, SR 172.021
WIPO	World Intellectual Property Organization
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern
ZG	Zollgesetz vom 18. März 2005, SR 631.0
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, SR 210
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung) vom 19. Dezember 2008, SR 272
ZR EU 2013	Report on EU customs enforcement of intellectual property rights, Results at the EU border 2013 (downloadbar unter http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/cut-oms/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/2014_ipr_statistics_en.pdf ; zuletzt besucht am 31. Dezember 2014)
ZS CH 2013	Fälschung und Piraterie, Statistik Immaterialgüterrecht 2013 der EZV (downloadbar unter http://www.ezv.admin.ch/zoll-info_firmen/04202/04284/04299/index.html ; zuletzt besucht am 31. Dezember 2014)
ZV	Zollverordnung vom 1. November 2006, SR 631.01